



## Niederschrift zur 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen

**Sitzungstermin:** Dienstag, den 22.02.2022  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:01 Uhr  
**Ort, Raum:** Kulturforum, Zum Königgraben 8, 15806 Zossen, GT Dabendorf

### Anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Herr Thomas Blanke

Frau Janine Küchenmeister

Herr Sven Reimer

Vertretung für Herrn Thomas Czesky

Herr Steffen Sloty

Herr Rolf von Lützwitz

#### sachkundige Einwohner

Herr Jens Kaehlert

#### Amtsleiter Rechts- und Personalamt

Herr Raimund Kramer

#### Protokollantin

Frau Carolin Peidelstein

### Es fehlen:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Thomas Czesky

entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Herr Joachim Büder

entschuldigt

### **Hinweis:**

Der Ausschuss findet auf Grundlage des geltenden Hygienekonzeptes der Stadt Zossen statt. Zugang erhalten Personen, die geboostert, genesen (Genesenenstatus – derzeit 90 Tage) oder nachweislich negativ getestet wurden (Test darf nicht älter als 24 h bei Antigen-Schnelltest sein).

Interessierte Bürger können der Sitzung sowohl vor Ort als auch online unter **zossen.live** folgen. Die Chat-Funktion kann für Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde ebenfalls genutzt werden.

### **Tagesordnung:**

#### Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden
5. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 05.10.2021
6. Bericht aus der Verwaltung

7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
9. Beratung von Beschlussvorlagen
- 9.1. Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf  
Vorlage: 140/21
- 9.2. Ausweisung einer 30 km/h-Zone für das Wohngebiet im Ortsteil Wünsdorf zwischen der Hauptallee, der Berliner Allee und der Gutstedtstraße  
Vorlage: 015/22
- 9.3. Ausweisung und Erweiterung einer teilweise schon bestehenden, aber nicht angeordneten 30 km/h-Zone für das Wohngebiet im Ortsteil Nächst Neuendorf zwischen dem Wulzenweg und dem Blumenweg  
Vorlage: 016/22
- 9.4. Ausweisung einer 30 km/h-Zone für das Wohngebiet „Bücherstadt“ im GT Waldstadt im Ortsteil Wünsdorf  
Vorlage: 017/22
10. Anträge von Fraktionen
- 10.1. Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 26.05.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 24.09.2021: Antrag auf eine weiterhin bestehende finanzielle Selbstverantwortung der Ortsbeiräte  
Vorlage: 126/21
- 10.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 09.12.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 09.12.2021: Protokolle/Niederschriften der Ausschüsse und der SVV  
Vorlage: 152/21
11. Beratung zum Thema Niederschrift
12. Novellierung der Bekanntmachungsverordnung - Einführung der Bekanntmachung kommunalen Ortsrechts im Internet
13. Information zur Änderung der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)
14. Information Mitteilung Datenschutzbeauftragter der Stadt Zossen

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Bürgermeister Herrn Kramer um 19:01 Uhr eröffnet.

Herr Czesky lässt sich für heute entschuldigen. Da noch kein stellvertretender Ausschussvorsitzender gewählt wurde übernimmt, nach Rücksprache mit Herrn Czesky, Herr Kramer die Sitzungsleitung bis TOP 4. Nach der Wahl wird selbstverständlich der Vorsitz an den neu gewählten stellv. Ausschussvorsitzenden gehen.

Herr Manthey:

Er weist darauf hin, dass die Eröffnung der Sitzung nur durch den Vorsitzenden oder dem Stellvertreter zu erfolgen ist. Ab TOP 1 ist die Sitzung somit nicht regulär durchzuführen und die Sitzung heute hätte verschoben werden müssen.

Herr Kramer:

Damit wir vorankommen, wollte er bis zu TOP 4 übernehmen. Sie können gerne darüber diskutieren, ob das so machen oder aber auch nicht.

Herr Blanke und Herr von Freiherr von Lützwow sind ab 19:04 Uhr anwesend.

Herr Manthey erläutert erneut seine Einwände. Der Ausschussvorsitzende ist krank und bis jetzt wurde kein Stellvertreter gewählt. Die Eröffnung der Sitzung ist somit obsolet. Die Sitzung können wir nicht durchführen. Herr Kramer sollte dazu Stellung nehmen und sagte, wenn die Mehrheit dafür ist, dann ist das in Ordnung. Herr Manthey hält dies für nichts rechtens.

Herr Kramer:

Der Ausschuss hat eine beratene Funktion und keine beschließende. Am 03.03.2022 findet die SVV statt und wir sollten durchaus einige Punkte beraten. Er werde die Sitzungsleitung nur bis zur Wahl des stellv. Ausschussvorsitzenden übernehmen.

Herr Manthey:

Wie sehen sie Punkt 4? Ist die Wahl dann laut Kommunalaufsicht nicht zu wiederholen?

Herr Kramer:

Sie können sich gerne an Kommunalaufsicht wenden. Wenn ihnen das zu unsicher ist, dann haben wir die Vorbereitungszeit geopfert. Wir können das gerne abstimmen.

Herr Reimer:

Er beantragt vor TOP 4 eine 5 Minütige Pause.

Die Pause wird durch Herrn Kramer gewährt.

Herr Blanke:

Mit wem wollen sie sich beraten? Sollen wir eine Meinung bilden? Die Argumente von Herrn Manthey sieht er genauso, aber aufgrund der Erfahrung mit dem Landkreis TF und der Bedeutung sieht er die Chance und die Möglichkeiten voranzukommen. Würden wir die Sitzung nicht machen, würde der Vorwurf an die Stadt, dass wir eine coronabedingte Blockadepolitik betreiben, stimmen. Wir müssen heute ein Zeichen setzen. Nehmen wir die formalen Umstände heute zum Anlass, die Sitzung platzen zu lassen, weil sie nicht rechtswirksam ist? Er sehe es wie Herr Kramer. Wir haben keine beschließende Funktion außer der Wahl des stellv. Ausschussvorsitzenden. Die Wahl ist ein eingeschobenes Pflichtmoment.

Wollen wir es nur an der Formalie scheitern lassen und alle wieder nach Hause gehen? Es gibt zu Protokoll, dass er rechtliche Bedenken hat.

Herr Kramer:

Es ist eine Ausschusssitzung, die nicht beschließend tätig wird. Er ist zur Beratung anwesend. Selbst wenn rechtliche Unsicherheiten zur Wahl bestehen, können wir die Wahl bei der nächsten Sitzung gerne wiederholen. Es ist ein Angebot der Verwaltung und wir können noch lange darüber diskutieren oder mit der Sitzung fortführen.

Es findet eine Pause von 19:12 Uhr bis 19:18 Uhr statt.

Herr Reimer bittet um Fortsetzung der Sitzung.

## **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Kramer stellt fest, dass von den sechs stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sechs anwesend sind. Die Sitzung ist somit beschlussfähig, sofern einer Fortführung zugestimmt wird. Dieses ist der Fall. Es sind sich alle im Klaren darüber, dass dieser Ausschuss nur eine beratende Funktion hat.

## **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungsanträge zu der gegenständlichen Tagesordnung vor. Diese wird wie vorliegend beschlossen.

Abstimmung: 4 / 2 / 0

## **zu 4 Wahl der/des stellv. Ausschussvorsitzenden**

Herr Kramer:

Aktuell liegen ihm 2 Wahlvorschläge vor. Herr Blanke und Herr von Lützwow stellen sich zur Wahl für den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. Gibt es weitere Vorschläge?

Herr Reimer:

Wir ziehen den Vorschlag mit Herrn von Lützwow zurück.

Herr Kramer:

Somit steht nur Herr Blanke zur Wahl.

Wer ist für die öffentliche Wahl? Sobald eine Stimme dagegen ist, stimmen wir geheim ab.

Abstimmung zur öffentlichen Wahl:

4x Ja

Da es keine Einstimmigkeit gibt, wird geheim abgestimmt.

Die Stimmzettel werden durch den Sitzungsdienst vorbereitet. Ebenso wird den anwesenden Ausschussmitgliedern die leere Wahlurne gezeigt.

Herr Kramer ruft die Ausschussmitglieder nacheinander zu Wahl auf.

Herr Kramer schließt den Wahlvorgang und zählt die Stimmen aus.

Es wurden insgesamt 6 Stimmzettel abgegeben.

4x Ja Stimmen

1x Enthaltung  
1x Ungültige Stimme

Herr Kramer fragt Herrn Blanke, ob dieser die Wahl annimmt.

Herr Blanke nimmt die Wahl zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden an.

Herr Kramer übergibt die Sitzungsleitung um 19:26 Uhr an Herrn Blanke.

Herr Blanke:

Er bedankt sich für die Wahl und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder. Die Kritik, die hier in den letzten 15 Minuten gelaufen ist, kann er nicht verstummen lassen. Bitte nehmen sie das in die Niederschrift auf und legen es bei der Kommunalaufsicht vor. Er sei schon lange in dem Ausschuss tätig und er habe es nicht nötig, sich Vorwürfe wegen schlechter Arbeit machen zu lassen. Wenn die Wahl von der Kommunalaufsicht als unwirksam gesehen wird, dann ist das so und wir wählen in der nächsten Sitzung neu.

**zu 5      Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 05.10.2021**

Es liegen keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

**zu 6      Bericht aus der Verwaltung**

Herr Kramer:

Er informiert über die Notbetreuung der Kitas in der Stadt Zossen. Es gibt erhebliche krankheitsbedingte Ausfälle in den Kitas. Bei der Notbetreuung können wir nicht jedem Antrag zustimmen. Wir befinden uns aktuell in der Einzelfallabstimmung.

**zu 7      Einwohnerfragestunde**

Frau Schreiber:

Wie wollen Sie als Mitglieder des RSO mit der Wahl, aufgrund der unzulässigen Sitzung, bei den Bürgern das Vertrauen über das rechtlich Korrekte verhalten erreichen?

Was genau ist unter TOP 11 Beratung zum Thema Niederschrift gemeint? Ist es eine allgemeine Beratung oder geht es um die Niederschrift des KTUE vom 02.12.2021?

Wieso wird das Thema Rederecht für Einwohner nicht im heutigen RSO behandelt?

Gibt es eine mündliche oder schriftliche Aussage der Kanzlei Dombert, dass das Rederecht in der Geschäftsordnung mit einem Einzelbeschluss geändert werden kann?

Kennen Sie die Ausarbeitung die als Schriftsatz im Verfahren zu sehen ist?

Frau Schreiber beantragt Rederecht zu TOP 9.1 und TOP 11.

Herr Blanke unterbricht Frau Schreiber, da die Ausführungen und Einleitungen sehr umfangreich sind. Er stellt es jedem Ausschussmitglied zur Wahl, ob er frei Antworten und seine Meinung äußern möchte.

Das Rederecht für die beiden TOPs sollte abgestimmt werden. Er habe grundsätzlich aber kein Problem damit.

Herr Reimer:

Er fühlt sich nicht zu einem unrechtmäßigen Ablauf der Sitzung gezwungen. Wollen wir wirklich eine Rechtsberatung durch eine Einwohnerin zulassen? Er stimmt gegen das Rederecht, da die Bürgerin kein Ausschussmitglied ist.

Herr Kramer:

Zum Thema Niederschrift sollte es um allgemeine Hinweise im Zusammenhang mit der Kommunalverfassung gehen.

Herr Blanke:

Abstimmung Rederecht für Frau Schreiber zu TOP 9.1 und TOP 11:

3 x Ja

3 x Nein

Da es nicht die Mehrheit ist, wird das Rederecht nicht gewährt.

Frau Schreiber:

Wenn es sich um allgemeine Erläuterungen zum Thema Niederschrift handelt, warum wurde der Arbeitsauftrag des KTUE nicht mit auf die Tagesordnung gesetzt? Auf der folgenden Sitzung sollte der Punkt Niederschrift des KTUE mit behandelt werden.

Herr Blanke:

Er wird die Anregung an den Ausschussvorsitzenden weiterleiten. Leider hat der RSO seit 4 Monaten nicht getagt. Da ist einiges aufzuarbeiten.

Herr Klucke:

Im KTUE wurde beschlossen, das sich mit den beiden Protokollen des KTUE befasst werden soll. Wenn es heute zu dieser Beratung kommt, konnte sich keiner dazu vorbereiten. Bitte verschieben Sie den TOP auf die nächste Sitzung und senden Sie die Protokolle an die Ausschussmitglieder. Frau Sahin-Schwarzweiler sagte, dass in der Schule Wünsdorf die Heizungsanlage defekt sei und eine Neue her muss. Dazu gibt es wohl einen Rechtsstreit mit der Firma, die die Wartungen macht. Bitte befassen Sie sich mit der Rechtslage.

Herr Blanke:

Es ist nicht erkennbar, zu welchem Zeitpunkt der TOP 11 auf die Tagesordnung gesetzt wurde oder durch wem. Um eine umfangreiche Diskussion zu vermeiden, würde er den TOP 11 gerne von der Tagesordnung nehmen. Zeitgleich würde er einen neuen Tagesordnungspunkt „Beratung zum Thema Niederschrift unter Beachtung des KTUE vom 07.02.2022“ mit auf die nächste Tagesordnung nehmen wollen.

Der Rechtsstreit zum Wartungsvertrag der Wünsdorfer Schule ist nicht öffentlich.

Herr Reimer:

Wir sollten den TOP 11 verschieben. In der Sitzung vom 02.12. geht es ja darum, dass der KTUE nicht beschlussfähig war und eine Einwohnerin das Protokoll geführt hat. Das sollte separat besprochen werden.

Abstimmung den TOP 11 in die nächste Sitzung zu verschieben:

4 x Ja

1 x Enthaltung

1 x wurde nicht abgestimmt

Es findet von 19:58 Uhr bis 20:08 Uhr eine Pause statt.

## **zu 8      Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Freiherr von Lützwow:

Er dankt den Einsatzkräften für das letzte Wochenende. Es waren 150 Einsätze und die Feuerwehr Wünsdorf hatte 85 Einsätze mit der Drehleiter.

Er übergibt 2 Schreiben für Frau Wegener und erläutert diese kurz. In einem Gebäude in Neuhoof sind die Fensterscheiben geöffnet und dann geht es noch um die Straßenreinigung in Bücherstadt.

Am Kirchplatz in Wünsdorf steht seit 25 Jahren ein Gebäude leer. Die Dachpappe ist auf die Straße geflogen. Es sollte sich darum gekümmert werden, nicht das noch jemand erschlagen wird.

Wir schaffen es manchmal noch nicht mal die Punkte der Tagesordnung abzuarbeiten und sollen dann noch Rederecht für Bürger zulassen? Frau Schreiber, sprechen Sie sich mit Ihrer Fraktion ab und lassen Sie diese die Fragen stellen.

Herr Kaehlert, sachkundiger Einwohner:

Bei der Kita Bummi wurde Straßenbegleitend ein Zaun gezogen. Dies ist sehr zu begrüßen. Das Konzept und Ziel ist aus Sicht der Kita und Stadt nicht vollends zum Tragen gekommen. Es muss noch eine Parkplatzanordnung kommen. Die Fahrzeuge parken jetzt mitten auf der Straße. Ist da was geplant?

Der RSO sollte nicht sooft ausfallen. Man könnte auch mal eine Infoveranstaltung machen in der auch die Jugend, Senioren, Verwaltung und Polizei eingeladen werden und über das informieren, was in der Stadt passiert. Ist schon einmal über die Einführung eines Präventionsrates nachgedacht worden?

Herr Kramer:

Den Parkplatz der Kita Bummi werden wir gemeinsam mit dem Bauamt prüfen. Einen

Präventionsrat gab es mal von 10/15 Jahren. Dieser ging nicht so voran. Wir nehmen den Hinweis mit. Eine Sonderveranstaltung kann man sicherlich machen.

Herr Kaehlert, sachkundiger Einwohner:

Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Stadtverordneten oder sachkundigen Einwohner, die nicht Öffentlichkeit beibehalten, wenn sie online an der Sitzung teilnehmen?

Herr Kramer:

Bei anderen Kommunen appelliert der jeweilige Vorsitzende an alle Ausschussmitglieder, das die nicht Öffentlichkeit herzustellen ist. Wer soll das digital kontrollieren?

Herr Reimer:

Jeder von uns hat eine Verschwiegenheitserklärung unterschrieben. Wenn die Familie das mitbekommt, hafte ich genauso, wie wenn ich das in der Kneipe erzähle. Könnte man vor der Kita Bummi die 150m der Lehmann-Straße generell schließen?

zu 9  
zu 9.1

**Beratung von Beschlussvorlagen**  
**Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf**  
**Vorlage: 140/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*1. die Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf*

*oder*

*2. die Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf in der laut Protokoll in geänderter Fassung.*

Herr Kramer:

Der Satzungsentwurf wurde bereits in den Ausschüssen thematisiert und orientiert sich an Ludwigsfelde. Die Satzung wurde schon rechtlich auseinandergesetzt und hat dem Stand gehalten. Die Satzungsgrundlage soll am 02.03. zur Beschlussfassung anstehen.

Herr Manthey:

Wieso hat der Finanzausschuss nicht beraten? Bitte verweisen sie es zurück an den FA. Rechtlich wurde bereits durchgeprüft, aber die finanzielle Beratung ist unabdingbar.

Frau Küchenmeister:

Bis heute liegt uns nur die Urfassung vor. Was ist mit den eingearbeiteten Änderungen der Fraktionen. Wir kennen die Änderungen nicht. Es müsste eine neue Beschlussvorlage mit den Änderungen vorliegen.

Herr Kramer:

Es ging nur um die entsprechenden Sachen der Ermäßigung. Unter §8 wurden die Sätze angepasst.

Herr Reimer:

Im KTUE wurde ausführlich darüber geredet. Es möchte jetzt zu der Beschlussvorlage abstimmen.

Herr Manthey:

Er habe die Änderung unter §8 nicht vorliegen. Seit dem 24.11 wurde nichts mehr geändert.

Frau Küchenmeister:

Wir sollten jetzt über die Änderungsvorschläge der DIE LINKE/ SPD und von Wir für Zossen sprechen. Sie sagten, sie nehmen keine Änderungen an. Ist das richtig?

Herr Kramer:

Er habe den Diskussionsstand wiedergegeben. Vielleicht kommen wir auf einen gemeinsamen Sachstand. Es möchte nicht so viel vermischen. Wir müssen das

diskutieren oder lassen es so, wie es die Verwaltung vorgeschlagen hat.  
Wir sollten zur nächsten SVV eine Vorlage erstellen und den Diskussionsstand seit 24.11 wieder geben.

Herr Freiherr von Lützwow:

Wir sollten alle den Stand erhalten, was wann und wo besprochen wurde.  
Übt Zossen das Hausrecht aus? Wer ist die befugte Person? Wer regelt das? Wer kontrolliert nach 22 Uhr, dass die Sportvereine die Umkleiden etc. reinigen, wenn die Hausmeister um 22 Uhr schon weg sind?

Herr Blanke:

Gibt es nicht bereits eine bestehende Satzung für stadteigene Einrichtungen? Die Erarbeitung der Satzung für das Kulturforum muss im Einklang mit sämtlichen Einrichtungen der Stadt Zossen sein. Eine Sondersatzung nur für das Kulturforum findet er bedenklich.

Ist es unsere Immobilie? Wer ist der Eigentümer?

§5 Abs. 1 – wir sind nicht der Eigentümer, das ist falsch und sollte durch die Stadt Zossen ausgetauscht werden.

Da es nicht unser Eigentum ist, bedarf es dann überhaupt einer Satzung oder können wir bei der bestehenden Satzung Sondernutzungsgegenstände einarbeiten?

Frau Küchenmeister:

Die Änderungen sollen mit eingearbeitet werden. Wir sollten die Beschlussvorlage noch mal in den Ausschüssen beraten und das Ganze für die SVV transparent machen.

Herr Reimer:

Zu Beginn unserer Wahlperiode haben wir einen Ordner mit allen Satzungen bekommen. Er habe dies mit den anderen Räumen verglichen und keine großen Änderungen festgestellt. Wir sind im Vergleich zu anderen Gemeinden kostengünstig und gemeinnützige Vereine sind kostenlos.

Es findet eine Pause von 20:47 Uhr bis 20:57 Uhr statt.

Herr Blanke fasst zusammen:

Es ist notwendig, dass der Finanzausschuss tagt. Im RSO wurden wir nicht über die Änderungswünsche informiert. Wir haben immer noch den gleichen Stand wie im November. Wir haben seit 2005 eine Nutzungs- und Entgeltsatzung für unsere Einrichtungen. Man sollte prüfen, ob man das Kulturforum Dabendorf nicht mit in diese Satzung aufnimmt bzw. Sondertatbestände wegen dem besonderen Wert des Objektes mit einzubauen sind.

Er schlägt vor, dass heute nicht abgestimmt wird und die Beschlussvorlage erneut im FA und RSO behandelt wird. Die Beschlussvorlage sollte noch nicht in der SVV behandelt werden. Er sieht keine Eilbedürftigkeit.

Herr Reimer:

Es handelt sich um ein Schulgebäude. Es wird die ersten Corona Lockerungen geben. Er sieht eine Eilbedürftigkeit. Wir müssen eine Grundlage für die Vereine schaffen.

Frau Küchenmeister:

Es hilft den Vereinen nicht, wenn wir eine Satzung verabschieden, der demjenigen dann auf die Füße fällt. Wir müssen rechtlich agieren. Die Verwaltung soll das prüfen.

Herr Manthey:

Er bittet um erneute Vertagung in den FA und RSO. In der Satzung, die es seit 2005 gibt, gibt es auch Preise für die Sporthallen und für die Nutzung. Auch die Sporthallen werden schulisch genutzt. Das sollte geprüft werden.

Herr Blanke:

Wer möchte eine Abstimmung in der Sache?

3 x Ja

Wer ist für die Verweisung in den FA und RSO?

3 x Ja

3 x Nein

Es findet keine Verweisung statt.

**zu 9.2 Ausweisung einer 30 km/h-Zone für das Wohngebiet im Ortsteil Wünsdorf zwischen der Hauptallee, der Berliner Allee und der Gutstedtstraße**  
**Vorlage: 015/22**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ausweisung einer 30 km/h-Zone für das Wohngebiet im Ortsteil Wünsdorf zwischen der Hauptallee, der Berliner Allee und der Gutstedtstraße, gemäß der in der Anlage dargestellten Grafik.*

Herr Blanke:

Wir werden die folgenden 3 Anträge gemeinsam beraten. Es ist 3-mal der gleiche Inhalt. Es handelt sich nur um unterschiedliche Wohngebiete. Die Beschlussvorlagen sind falsch. Die Stadt Zossen kann nicht beschließen. Zossen kann nur die Anträge für 30 km/h Zonen stellen.

Herr Kahlert, sachkundiger Einwohner:

Der Wortlaut der BV muss geändert werden. Es sollte „beschließt“ gestrichen werden und in „Antrag stellt an die untere Verkehrsbehörde“ ändert.

Herr Kramer stimmt der Kritik zu. Es gibt aktuell nur bei der BV-Nr. 016/22 eine Abstimmung mit dem Landkreis. Wir können es ändern in „Die SVV der Stadt Zossen beschließt den Antrag bei der unteren Verkehrsbehörde...“.  
Der Beschlusstext wäre sonst rechtlich falsch.

Herr Freiherr von Lützwow:

Glashüttenring ist falsch, das müsste gestrichen werden.

Herr Blanke:

Wir sollten die Beschlussvorlage zurück an die Verwaltung geben und nicht abstimmen. Die Anträge müssen geändert werden.

**zu 9.3 Ausweisung und Erweiterung einer teilweise schon bestehenden, aber nicht angeordneten 30 km/h-Zone für das Wohngebiet im Ortsteil Nächst Neuendorf zwischen dem Wulzenweg und dem Blumenweg**  
**Vorlage: 016/22**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ausweisung und Erweiterung einer teilweise schon bestehenden, aber nicht angeordneten 30 km/h-Zone für das Wohngebiet im Ortsteil Nächst Neuendorf zwischen dem Wulzenweg und dem Blumenweg, gemäß der in der Anlage dargestellten Grafik.*

Die Beschlussvorlage wurde gemeinsam mit TOP 9.2 – BV-Nr. 015/22 behandelt.

**zu 9.4 Ausweisung einer 30 km/h-Zone für das Wohngebiet „Bücherstadt“ im GT Waldstadt im Ortsteil Wünsdorf**  
**Vorlage: 017/22**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Ausweisung einer 30 km/h-Zone für das Wohngebiet „Bücherstadt“ im GT Waldstadt im Ortsteil Wünsdorf, gemäß der in der Anlage dargestellten Grafik.*

Die Beschlussvorlage wurde gemeinsam mit TOP 9.2 – BV-Nr. 015/22 behandelt.

**zu 10 Anträge von Fraktionen**

**zu 10.1 Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 26.05.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 24.09.2021: Antrag auf eine weiterhin bestehende finanzielle Selbstverantwortung der Ortsbeiräte**  
**Vorlage: 126/21**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

..., die Verwaltung zu beauftragen die **gesamten** freiwilligen Leistungen, die den Ortsbeiräten in den **vergangenen Jahren** gem. § 46 Abs. 3 BbgKVerf (zur Förderung von Vereinen und Verbänden, zur Förderung und für die Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege, des Brauchtums und der Fremdenverkehrsentwicklung sowie für Ehrungen und Jubiläen) zur Verfügung gestellt wurden, im Zusammenhang mit den zukünftig zu beschließenden Haushalten, auch weiterhin in eigener Verantwortung bei den Ortsbeiräten hinsichtlich der Verteilung/Verausgabung verbleiben.

Des Weiteren ist die Verwaltung zu beauftragen eine „Förderrichtlinie der Vereine und Verbände“ für die Ortsbeiräte zu erarbeiten und der SVV als Beschlussvorlage zur Verfügung zu stellen.

(mögliche) Kosten: wie bisher - keine Zusatzkosten

Frau Küchenmeister:

Die Verwaltung hat uns seit dem letzten Jahr mehrere Möglichkeiten gezeigt, das Budget einzuschränken und dabei gab es unterschiedliche Ermittlungen. Im FA haben wir die letzte Offenlage dazu erhalten. Die Verwaltung äußert sich, dass das Budget weiterhin zur Verfügung stehen soll, wie es im Haushalt steht, aber gesplittet werden soll. Das ist nicht korrekt. Wenn sich das ändert, dass der MTV und MSV gesondert betrachtet werden, dann stehen wir dahinter.

Herr Reimer:

Er ist grundsätzlich für die Splittung. Der MSV hat ein Drittel der Ortsbeiratsmittel verschlungen. Dies war notwendig, weil der Verein eine Nutzungsgebühr zahlen musste. Wir wollen uns um die Ortspflege kümmern und sollten alles, was das Gemeinwohl betrifft, trennen. Es sollte keiner benachteiligt werden.

Herr Manthey:

Im FA wurde gesagt, dass alle die Liste erhalten. Das ist bis jetzt noch nicht passiert.

Herr Christ:

Er ist als Vertreter für Glienick da. Es ist ein falscher Ansatz zu sagen, wir müssen dem Ortsbeirat Geld entziehen, um den MSV zu helfen. Das Geld wird nicht mehr und die freiwilligen Leistungen werden ebenfalls nicht mehr.

Frau Küchenmeister:

Sie haben damals 4700 Euro für Feste und 16800 Euro für Vereine ausgegeben. Heute bekommen sie 4700 Euro und den Rest erhält das Rathaus.

Herr Reimer:

Die Vorlage aus dem FA muss dringend vorgelegt werden, da er sonst nicht abstimmen kann.

Herr Kramer:

Sinn und Zweck ist es, mit §46 die Eigenverantwortung der Ortsteile zu stärken. In der Haushaltssatzung beschließen wir ein Budget, das dem Ortsteil zur Verfügung steht. Das Einzige, was wir regulieren, ist die Höhe. Eine Förderrichtlinie für Vereine und Verbände zu erarbeiten ist schwierig. Die Diskussion wäre im Haushalt 2023zuführen.

Frau Küchenmeister:

Wir wollen, dass das was bis 2022 so war, auch so bleibt. Die Verwaltung will dies aber seit 2021 ändern. Es kam zu keiner Förderrechtlinie. Es kam auch zu der Überlegung, dass die Verwaltung mit den Vereinen Verträge schließt. Wie schätzen sie das ein, dass etwas, was bisher freiwillig war, nun verpflichtend werden soll?

Herr Kramer:

Das Gesetz ist eindeutig. Es liegt an den Haushaltsgesprächen.

Herr Blanke:

Vor 2020 gab es diese Diskussion nicht. Ist es eine politische Thematik?

Der Antragsteller sagt, früher war es gut und so, wie es jetzt gemacht werden soll, ist es schlecht. Die Durchführung eines Umganges mit gewidmetem Geld bedarf einer

gesonderten Kontrolle.

Frau Küchenmeister:

Die Verwaltung soll beauftragt werden. Es soll etwas geändert werden, was wir nicht möchten.

Herr Reimer:

Wir sollen hier präventiv über nicht festgelegte Entscheidungen der Verwaltung abstimmen. Sollte es Änderungen geben, reden wir in der SVV darüber und müssen die Änderungen erst einmal beschließen. Es war nur eine Idee/ Anregung der Verwaltung und aufgrund dessen wurde dieser Antrag gestellt.

Herr von Lützow:

Er sieht diesen Antrag auch als Vorschlag. Man sollte im Haushalt 2023 darüber reden.

Frau Küchenmeister:

Es ist kein präventiver Antrag.

Herr Blanke:

Der Antrag ist nicht abstimmungspflichtig.

Abstimmung: 2 / 3 / 1

Der Antrag wird nicht empfohlen.

Herr Manthey bittet um eine Lüftungspause.

Herr Blanke verweigert die Lüftungspause, da es gleich 22 Uhr ist und die Sitzung dann endet.

Frau Küchenmeister:

Wir müssen eine Pause machen, das wurde so beschlossen.

Es findet eine Pause von 21:46 Uhr bis 21:51 Uhr statt.

zu 10.2

**Antrag der Fraktion DIE LINKE/SPD Zossen vom 09.12.2021, eingegangen bei der Stadt Zossen am 09.12.2021: Protokolle/Niederschriften der Ausschüsse und der SVV**

**Vorlage: 152/21**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*1. Die Protokolle/Niederschriften der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung werden schnellstmöglich, spätestens aber jeweils mit der Einladung zur nächsten Sitzung auf der (Internet-) Stadtseite zossen.de veröffentlicht*

*2. Diese Protokolle werden mit dem Vermerk/Wasserzeichen "noch nicht durch den Ausschuss/durch die SVV bestätigt" versehen.*

*3. Nach Bestätigung durch die Ausschüsse/SV werden die in 2. genannten Vermerke entfernt oder durch die korrigierten Fassungen ersetzt*

Herr Kramer:

Wir haben eine klare Regelung wie wir mit den Niederschriften umzugehen haben. Es ist eine Urkunde. Die Regelungen sind einzuhalten und die Niederschrift vom Vorsitzenden zu unterzeichnen und zur nächsten Sitzung vorzulegen. Da steht nichts von Entwürfen. Es würde in eine nicht gewollte Richtung gehen, weil man sich über Entwürfe heißredet. Die Bürger zu informieren sollte nicht von der Niederschrift abhängig sein.

Herr Sloty:

Wir wollen informieren, darüber was in den Ausschüssen gelaufen ist. Es ist ja noch keine Rechtskräftigkeit des Protokolls. Die Protokolle der letzten Sitzungen haben wir noch nicht. Es wäre schön, wenn wir es nach lesen könnten. Das Protokoll muss eh geschrieben werden, später kann man es nochmal ändern.

Herr Freiherr von Lützwow:  
Ist das vom Sitzungsdienst aus überhaupt machbar?

Herr Kramer:  
Sie eröffnen eine Diskussion über unfertiges. Es ist ein zusätzlicher Aufwand den wir mal eben nicht so leisten können.

Herr Reimer fragt den Sitzungsdienst, ob dieser im Steno oder Klartext schreibt?

Frau Peidelstein:  
Wir schreiben im Klartext.

Herr Blanke:  
Es soll mehr Transparenz erzeugt werden. Für den 05.10.2021 gab es keine Änderungswünsche. Heute interessiert sich keiner mehr für das Protokoll. Eigentlich geht es nur um die zeitnahe Information der Ausschüsse. Es ist eine politische Arbeit zu informieren.  
Diesen Verwaltungsaufwand sieht er als kontraproduktiv für die Verwaltung.

Abstimmung: 1 / 1 / 4  
Die Beschlussvorlage wird nicht empfohlen.

Herr Blanke beendet die Sitzung um 22:01 Uhr und empfiehlt die Punkte 11 bis 18 auf der nächste Sitzung zu beraten.

Thomas Blanke  
stellv. Ausschussvorsitzende

Carolin Peidelstein  
Protokollantin (25.02.2022)